

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 305

10. März 2004

10. Jahrgang

"Im Valle de Siria ist es nicht der Glaube, der Berge versetzt"

Am 19. Februar haben BewohnerInnen von San Miguel Ixtahuacán und Sipacapa in San Marcos, Guatemala, unterstützt von Umwelt-, Indígena-, Frauen- und BäuerInnenorganisationen gegen die Anwesenheit des transnationalen Goldminenbetreibers *Glamis Gold* in ihren Gemeinden protestiert. Die Tätigkeiten von *Glamis Gold* in diesen Gemeinden ist noch im Anfangsstadium. Um sich eine Vorstellung machen zu können, wie ihre Landschaft und ihr Leben in ein paar Jahren aussehen könnten, haben die GuatemalteKInnen eine Reise ins Nachbarland Honduras gemacht, wo *Glamis Gold* schon seit Jahren tätig ist. Der guatemalteKische Schriftsteller Rodrigo Rey Rosa hat sie auf dieser Reise begleitet und den folgenden Reisebericht verfasst.

Am Tag, als der Brunnen auf seiner kleinen Finca endgültig austrocknete, wusste Don Santos Maldonado, dass sein relativ ruhiges Leben als einer der ältesten und respektiertesten Bauern im Valle de Siria zu Ende war. Bevor er ganz resignierte, schickte er einen seiner Söhne in den Brunnenschacht hinunter, um nachzuschauen, ob nicht vielleicht etwas an der Zuleitung kaputt sei. Doch in dem 20 Meter tiefen Loch war nichts als Sand und Schlamm. Obwohl es schwer zu glauben war für Don Santos, der in seinem langen Leben noch nie davon gehört hatte, dass die Brunnen des Tales sich zur Regenzeit leerten, wusste er sofort, dass der Grund für diese unheilvolle Begebenheit in der intensiven und absurden Tätigkeit eines Bergbauunternehmens liegt, das seit einiger Zeit im Tal tätig ist.

Es begann mit einer Umsiedlung im grossen Stil, durch die sich das Bergbauprojekt *San Martín de Entre Mares* (im Besitz der kanadischen Firma *Glamis Gold*) die Berge des Valle de Cobre sowie eine grosse Ebene am westlichen Talende aneignete. Die vormaligen BesitzerInnen dieses von Buschwerk bewachsenen Landes erhielten im Tausch dafür Ländereien, für die es, wie sie – zu spät – herausfanden, keine legalen Landtitel gab.

Als nächstes wurden riesige Mengen von Sand aus dem *Río Playa* gebaggert. Dieser Fluss durchquert das ganze Tal und versorgt die Gemeinden mit Trinkwasser. Etwas später begannen die Bohrungen für eine Reihe tiefer Auffangbecken.

Die BewohnerInnen des Tales begriffen zu spät, dass der Sand aus dem *Río Playa* dafür genutzt wurde, die von den Bergen herunterstürzenden Bäche aufzufangen bzw. umzuleiten und dass die Auffangbecken dazu dienten, alles Wasser der Region zu sammeln. Sie wussten nicht, dass für die moderne Goldgewinnung ("Hydrometallurgie") enorme Mengen an Wasser gebraucht werden, und zwar 24 Stunden am Tag, 365 Tage im Jahr, so lange, bis alles Gold im Tal abgebaut sein wird.

Dies war erst der Beginn einer neuen Ära, die sich für den Grossteil der Bevölkerung mit widersprüchlichen Vorzeichen äusserte. Die Minentätigkeit befand sich zu diesem Zeitpunkt immer noch in der Explorationsphase. Später kam der Kahlschlag der roten Hügel und unmittelbar danach begann deren Sprengung mit Dynamit und die "Behandlung" der Erde, wodurch das Leben der Menschen im Tal eine weitere bruske und irreversible Wendung nahm, die sich in einer Zunahme von Gesundheitsproblemen und Armut ausdrückte.

Der Berg San Martín, der sich vor drei Jahren noch 900 m über dem Meeresspiegel erhob, erreicht heute noch eine Höhe von knapp 600 m. Wenige Kilometer westlich des Berges, der im Verschwinden begriffen ist, steht die Verarbeitungsanlage der Mine. Hier, auf einem von Bulldozern eingeebneten Gelände, erhebt sich im selben Masse

wie der natürliche Berg verschwindet, ein künstliches Gebirge aus mit Zyanid, einem Salz der Blausäure, imprägnierter, toter Erde. Eine Art Pyramide, ähnlich derjenigen von Teotihuacán, welche die Luft, das Wasser und die Erde des Tales dauerhaft kontaminiert.

Ein Touristenbus mit getönten Scheiben arbeitet sich langsam auf dem engen Weg ins Tal hinein und lässt eine Wolke weissen Staubes hinter sich zurück. Er kreuzt einen alten Mann mit Strohhut, der auf einem Esel talauswärts reitet und weicht weiter vorne einer Karawane von weissen Lastern aus, die Container mit 60 Tonnen Zyanid-Tabletten zur Mine *Entre Mares* transportiert.

Weiter vorne, etwa in der Mitte des breiten Tales, hält der Bus bei den ersten Häusern des Dorfes El Pederal. Hier wartet eine Gruppe von etwa 20 Personen, darunter Frauen und Kinder, BewohnerInnen von El Pederal, die die Tour ins Tal und zu den Installationen von *Entre Mares* begleitet.

Diese Reise durch die Galerie des Horrors, welche der Minenabbau unter freiem Himmel darstellt, wurde nicht von einem Reisebüro organisiert. Der Bus, in Guatemala gemietet, hat keine gewöhnlichen TouristInnen an Bord. Unter den Passagieren befinden sich zwanzig BäuerInnen aus San Marcos, Chiquimula und Izabal – wo zur Zeit Minenprojekte im ähnlichen Stil wie das Projekt *San Martín* anlaufen – sowie ÖkoaktivistInnen, ein Vertreter von *Caritas Honduras* und ein Journalist. Das Ziel der Reise ist, die BäuerInnen aus Guatemala über mögliche Konsequenzen dieser Art modernen Bergbaus zu informieren. Konsequenzen, über welche die BewohnerInnen von El Pederal nur zu gerne sprechen. Es scheint, dass das Erzählen sie etwas von ihrer Sorge erlöst: Sie erzählen angeregt von der Zerstörung ihrer Flüsse, der Schwierigkeiten, die die permanente Trockenheit mit sich bringt und vom Auftreten bisher unbekannter Krankheiten.

Die letzten, die in den Bus steigen, sind Luis Gonzáles, der lokale Reiseleiter – ein junger Sozialarbeiter, der im Tal lebt – und Rogelio Chung, ein Chemieingenieur aus Belice, der während drei Jahren für das Projekt *Entre Mares* arbeitete, bevor er – entrüstet über das Fehlen sozialer Sensibilität – kündigte. Chung, der sich nach seiner Kündigung entschied, noch eine Weile im Tal zu bleiben und den Kampf der BäuerInnen gegen die minerische Attacke zu unterstützen, ist nur zu gerne bereit, Daten und Zahlen über die Minentätigkeit zur Verfügung zu stellen. Er will jedoch nicht vom Personal und den Wächtern von *Entre Mares* gesehen werden und bleibt deshalb bei den Besichtigungen vor Ort lieber im Bus sitzen.

Laut Chung beträgt die Goldkonzentration im Berg San Martín rund 1,5 Gramm pro Tonne Erde. Im Jahr 2002 extrahierte *Entre Mares* 148'000 Unzen Gold, wofür stündlich 1000 m² Wasser gebraucht wurden. Auf jeden Liter Wasser kommen 30 g Zyanid (d.h. 10 Tonnen Zyanid täglich), um das Gold herauszuwaschen.

Unglaublich ist laut Chung, dass das Unternehmen nichts unternimmt, um zu verhindern, dass das mit Zyanid vergiftete Wasser, das unvermeidlich aus den Tanks austritt, nicht in den Boden zurückfliesst, von wo es früher oder später ins Trinkwasser gelangt.

"All das", sagt er und zeigt von seinem Sitz im Autobus aus auf einen Hügelzug roten Gesteins, der mit schwefelfarbenen Streifen durchzogen ist, "wird gesprengt." Auf dem Hügelzug heben sich fünf grosse Bohrmaschinen gegen den blauen Himmel ab. "Damit legen sie in einem Halbkreis 200 Meter tiefe Löcher an, in denen der Sprengstoff deponiert wird", erklärt Chung. "Später wird das durch die Explosion pulverisierte Erdmaterial von Hilfsarbeitern zusammengetragen und in Lastwagen zu den Waschtischen gebracht, wo es mit Zyanid behandelt wird. Der so behandelte Stein bzw. die nach dem Auswaschen übrig gebliebene Schlacke ist unbrauchbar, da für immer vergiftet."

Der nächste Halt ist beim Fluss *Casitas*, wo der Reiseführer die TouristInnen einlädt, eine der letzten Schluchten zu besichtigen, durch die noch Wasser fliesst, wenn auch leicht kontaminiertes. Von den 24 Bächen und Schluchten wurden 19 von der Mine absorbiert. Die Betreiber sahen sich schliesslich gezwungen, in Zisternenwagen Trinkwasser für die Gemeinden herzubringen. Chung stellt die rhetorische Frage, wer wohl das Trinkwasser in ein paar Jahren bringe, wenn die Mine schon lange nicht mehr funktioniert. Die verarmten BäuerInnen des Tals werden den Transport nicht finanzieren können und es ist sehr wahrscheinlich, dass ein grosser Teil von ihnen sich zur Migration gezwungen sieht.

Es ist ein sonniger Tag, doch es weht eine Brise und im Schatten der Bäume am Fluss ist es unerwartet kühl. Der Reiseführer macht auf eine eigenartige Stimmung aufmerksam: "Hier sieht man keine Tiere mehr", sagt er. "Noch vor kurzem war der Wald voller Vögel. Es gab Eichhörnchen und Eidechsen, im Fluss gab es kleine Fische und Kaulquappen, aber schaut heute: Nichts."

Neben dem Wasser, das zwischen den Steinen durchfliesst, sind Ablagerungen eines rötlichen, öligen Materials zu sehen – Zeichen mineralischer Verschmutzung.

Der Reiseführer nimmt einen sechsjährigen Jungen aus der Gruppe zur Seite, der an einigen Stellen am Kopf kahl ist. Das Ergebnis eines Pilzes auf der Kopfhaut. "Mit Sicherheit ist die Behandlung dieses Leidens nicht schwierig", sagt er, "doch im verarm-

ten Gesundheitszentrum von El Pedernal gibt es kein Mittel gegen Pilzbefall." Der Arzt des Minenunternehmens hatte öffentlich erklärt, dass dieser Pilz und die Flecken und offenen Wunden auf den Körpern der BewohnerInnen von El Pedernal nichts mit der Verschmutzung durch Zyanid zu tun hätten, sondern eine Folge mangelnder Hygiene seien. Die BewohnerInnen von El Pedernal wehren sich einstimmig gegen diese Aussage. "Ich dusche mich bis zu dreimal täglich, Señor", versichert ein gepflegter älterer Herr. "Und schauen Sie sich nur diese Flecken an. Das hat erst vor einem Jahr begonnen." Er lacht bitter. "Dieser Doktor hat keine Ahnung."

Es stimmt, man hört keinen Vogel, nicht einmal den Lärm der Grillen, doch die Leute – auch wenn sie sich ständig hier und dort wegen des Juckreizes kratzen, der durch die Hitze noch zunimmt – scheinen zufrieden zu sein und machen Witze über alles mögliche. Unterdessen geht es auch bergab und das Gehen ist nicht mehr so anstrengend.

Plötzlich hält der Reiseführer an. "Fahrt euch doch mal mit der Zunge über die Lippen", schlägt er vor. "Spürt ihr diesen Geschmack zwischen sauer und bitter, diesen Geschmack nach verfaulten Mandeln?" Einige der TouristInnen nicken und der Führer lächelt zufrieden. "Was ihr schmeckt ist fliegendes Zyanid. Der Wind weht es von den Waschlätzen bis hierher."

Die These von Rogelio Chung, dem Chemiker und reuigen Mineningenieur, besagt, dass es unmöglich sei, Bergbau unter offenem Himmel zu betreiben, ohne dass dies schwere Folgen für die Umwelt hätte. Wie er uns erklärt, hat er während seiner Arbeit für *Entre Mares* feststellen müssen, dass es seitens der grossen Minenunternehmen kein Interesse gebe, gegen die durch den Abbau entstandenen Schäden Massnahmen zu ergreifen, vor allem auch, weil dies sehr teuer zu stehen käme.

Anfänglich verkaufen sich diese Unternehmen als Vertreter des Wachstums und des Fortschritts und investieren viel Geld in die Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Im Falle des Valle de Siria z.B. wurde die Schaffung von Arbeitsplätzen versprochen. Vier Jahre nachdem mit der Exploration begonnen wurde, sind im Projekt *San Martín* gerade einmal 50 lokale Arbeitskräfte angestellt (von den 40'000 BewohnerInnen des Tals). Diese wenigen Privilegierten arbeiten als Hilfskräfte und Handlanger.

Es ist unmöglich zu sagen, welchen realen Gewinn das Unternehmen abwirft. Laut Chung werden in San Martín monatlich etwa 11'000 Unzen Gold abgebaut, was pro Unze etwa US-\$ 135,- kostet. Auf dem Goldmarkt wird die Unze für ungefähr US-\$ 380,- gehandelt. Theoretisch erhält der honduranische Staat 1% des Gewinns des Unternehmens, wovon die Hälfte direkt an die zentrale Regierung geht und die andere Hälfte an die Gemeinden des Tals. *Entre Mares* hat

auch nichts für die betroffene Bevölkerung gemacht ausser dem Herankarren von Trinkwasser – unumgänglich von dem Moment an, wo sie alle natürlichen Wasserquellen umgeleitet haben – und dem Verschenken von Brennholz, Abfall des massiven Holzschlags der betrieben wurde, um die Hügel für die Minentätigkeit zu "säubern". Von den 22 TalbewohnerInnen, die uns auf der Rundfahrt begleiten, hat noch nie jemand auch nur ein Gramm Gold gesehen, das in San Martín abgebaut wurde. Sie sehen bloss die Lichter der Helikopter, die Nacht für Nacht kommen und – wie sie vermuten – das Edelmetall abtransportieren.

Als nächstes umfahren wir die gesamte, mit einem hohen Zaun umgebene Installation der Mine. Mit verständlicher Entrüstung erklärt uns der Reiseleiter, dass das Projekt genau dort gebaut wurde, wo früher der Weg verlaufen ist, der die Gemeinden El Pedernal und El Porvenir verbunden hat. Der Bus hält einen Moment lang vor den verstärkten Eingangstoren, wo wir unter den finsternen Blicken bewaffneter Wachleute die fröhlich flatternden Fahnen von Kanada und den Vereinigten Staaten betrachten können sowie ein Plakat, das über die astronomischen Summen Auskunft gibt, die in den Jahren 2000 bis 2002 in die Mine investiert wurden. Wir folgen einer Umleitung, vorbei an den aufgehäuften Resten des pulverisierten Berges San Martín.

Hinter diesem Giftberg planieren ein Duzend Bulldozer das Gelände für die nächste Pyramide. Diese wird wohl aus den Resten des Berges Tajo Rosado gebaut, auf dessen Spitze bereits die perforierten Löcher auszumachen sind, die mit Dynamit gefüllt werden, um den Gipfel wegzusprengen.

Die Umleitung führt zurück auf den ursprünglichen Weg, dem wir Richtung El Porvenir folgen und der uns am Eingang eines ehemaligen Thermalbads vorbeiführt. Der Reiseleiter erklärt uns, dass das Bad heute stillgelegt sei. Kurz nach Beginn der Minentätigkeit begannen sich die Badegäste über gelbe Flecken auf der Haut zu beklagen und der Besitzer sah sich gezwungen, das Bad zu schliessen. Heute verkauft er das Wasser seiner Thermalquelle an die Mine.

"Wir sind ruiniert", erklärt uns Don Santos Maldonado während des Mittagessens. "Doch ihr könnt von unseren Erfahrungen profitieren. Ihr dürft niemals erlauben, dass eine Mine in der Nähe eurer Dörfer zu arbeiten beginnt. Weigert euch, euer Land zu verkaufen, egal, was sie euch dafür bieten. Es geht um das Leben, das ihr verkauft. Ich werde vielleicht noch vier oder fünf Jahre leben, aber ich will diese Zeit nutzen, um zu kämpfen. Ich kämpfe nicht für mich allein, sondern für meine Kinder und Enkel und wir alle wissen, dass es ein Kampf gegen ein Monster ist."

Don Santos hat diese letzten Worte an mich gerichtet, doch im Augenblick gelingt es mir nicht, etwas zu antworten.

Es ist eine Frau mit angegrauten Haaren, die antwortet: "Auch Monster haben ihre schwachen Punkte und können besiegt werden."

Die Internet-Zeitschrift *revistazo.com* widmete eine Ausgabe der Problematik im Valle de Siria. Die Fotos, Statistiken, Interviews und Auszüge medizinischer Untersuchungen, die während der vergangenen 15 Jahre gemacht wurden, sind eine harsche Kritik an den Minen an sich und speziell an den Desinformationskampagnen, die damit einhergehen, sei es in Honduras, Bolivien, Venezuela, Guayana und vielen anderen Ländern, sowohl in Asien wie auch in Afrika.

Die zuständigen honduranischen Behörden haben aufgrund des Druckes seitens der Medien sowie der betroffenen Bevölkerung und einer im Jahr 2000 eingereichten Klage gegen das Unternehmen eine Untersuchung über die Auswirkungen der Tätigkeiten von *Entre Mares* in Auftrag gegeben. Das Gericht hat den Fall studiert, doch der Haftbefehl, der während der Untersuchung gegen den legalen Vertreter des Unternehmens ausgestellt wurde, wurde nicht ausgeführt und heute, drei Jahre später, ist der Fall suspendiert.

Derweil breitet sich in Guatemala hinter dem Rücken der Öffentlichkeit ein regelrechter Minen-Boom aus. Gemäss einem Dokument des *Ministeriums für Energie und Minen* zu Händen der Umweltkommission des Kongresses, wurden im Jahr 2003 169 Explorations-Anträge eingereicht, davon 115 für die Exploration von Goldvorkommen. Betroffen davon sind die Departements Guatemala, El Progreso, Jalapa, Jutiapa, Zacapa, Izabal, Baja- und Alta Verapaz, El Qui-

ché, Huehuetenango, San Marcos, Totonicapán, Sololá und Chimaltenango.

In einem per Internet verbreiteten Bulletin zeigte sich *Glamis Gold* am vergangenen 11. November "erfreut darüber, dass in Guatemala unter dem Namen *Proyecto Marlín* die ersten Schritte unternommen werden konnten und dass mit einer offiziellen Erlaubnis gerechnet wird, das Projekt Mitte Dezember definitiv angehen zu können." Kevin McArthur, Präsident des Unternehmens, erklärte: "*Glamis* hat im Jahr 2003 grosse Fortschritte in seinen Entwicklungsprojekten verzeichnen können, speziell im Projekt *Marlín* (San Marcos, wo das Goldvorkommen 3,5 g pro Tonne Erde beträgt). Ziel ist, innerhalb von 10 Jahren 2,5

Millionen Unzen Gold abzubauen. (...) Unser Erfolg geht weiter und wir sind interessiert daran, weitere Projekte in Guatemala, Honduras und Mexiko in Angriff zu nehmen."

"Die Gefahr, die ihr eingeht ist grösser, denn in Guatemala gibt es mehr Gold als in Honduras", sagt Chung. "Lasst nicht zu, dass das Monster in eurem Land Fuss fasst. Je früher ihr es zu bekämpfen beginnt, desto mehr Chancen habt ihr, es zu besiegen. Die BäuerInnen können nicht allein kämpfen, sie brauchen die Unterstützung anderer Menschen. Ich werde nach Belice zurückkehren, denn auch dort hat die Suche nach Gold begonnen. Doch ich wünsche euch viel Glück."

Neue Pyramiden braucht der Tourismus

Guatemala, 23. Feb. Noch grössere Pyramiden als die von Tikal sollen in Zukunft 80'000 TouristInnen jährlich ins Naturreservat der *Biósfera Maya* im Departement Petén locken, so die derzeitigen Erwartungen seitens der Regierung. Hauptinteressant an der Ur- und Nutzbarmachung des geplanten Megatourismusprojekts ist der nordamerikanische Archäologe Richard Hansen, der bereits in der Legislaturperiode von Präsident Alfonso Portillo diesen und die damalige Kultusministerin Otilia Lux zur Verabschiedung einer entsprechenden Regierungsvereinbarung überreden konnte.

Aufgrund der eingereichte Beschwerde der Umweltorganisation CALAS ob der Widrigkeit dieser Entscheidung gegen bestehende Forst- und Naturschutzgesetze, suspendierte das Verfassungsgericht Anfang des Monats das Dekret. CALAS und die lokale Bevölkerung werfen Hansen persönliche wirtschaftliche Interessen vor, deren Folge die Zerstörung von Tausenden Hektar Primärwald und die Schädigung von rund 79'000 anrainenden BäuerInnen wäre, deren Existenz hinsichtlich der ihnen vom *Nationalrat der Naturschutzgebiete* (CONAP) gewährten Forstkonzessionen in Gefahr gebracht würde.

Laut Yuri Melini von CALAS, sei es Hansen mit schmutziger List gelungen, staatliche Funktionäre wie Portillo zu manipulieren. In einer Presseerklärung verurteilte Melini die Anschuldigungen von Seiten der Projektbefürwortenden gegen die BewohnerInnen der *Forstkommunen des Petén* (Acofop), die diese als Plündernde und Schmuggelnde von Mayaschätzen sowie DrogenhändlerInnen betitelten. Dies zeuge von völliger Ignoranz hinsichtlich der Arbeit der Vereinigung *Acofop*, so Melini. Die Kommunen erinnerten den am Megaprojekt durchaus interessierten Präsidenten Oscar Berger, der bereits angekündigt, sich um die finanzielle Unterstützung des Projekts und der nötigen

Infrastruktur u.a. durch die *Interamerikanische Entwicklungsbank* (BID) zu bemühen, daran, dass der kommunale Forstprozess eins der wenigen Resultate sei, welches direkt auf die Friedensverträge rekurriert und bereits von den *Vereinten Nationen* ausgezeichnet wurde. Hier sei das erste Mal in der Landesgeschichte die Beteiligung der ländlichen Gemeinden an der Verwaltung und Bewirtschaftung von Schutzgebiete erreicht worden. Ausserdem habe Berger noch kürzlich bei einem Treffen mit der *Acofop* die Förderung des Forstprozesses versprochen.

Grundsätzlich, so CALAS, sei gegen den Schutz, die Erforschung und die Nutzbarmachung des archäologischen Reichtums im Becken *El Mirador* nichts einzuwenden, ihre Forderung ziele vielmehr auf die strikte Einhaltung der Gesetze.

Berger hat in Begleitung seiner Frau und Richard Hansens bereits einen Wochenendausflug per Hubschrauber zum Kennenlernen des zur Diskussion stehenden Gebietes unternommen, was den UmweltaktivistInnen als potentielle Beeinflussung des Verfassungsgerichts missfällt. Doch der Präsident hat sein Wort gegenüber der *Acofop* ohnehin längst gebrochen. Entgegen der Vereinbarung traf er sich hinter geschlossenen Türen mit Hansen und gewährte die Beteiligung von *Acofop* am Prozess um das Megaprojekt auch sonst nicht. Dessen Zusammenhang mit der Entwicklung der zentralamerikanischen Freihandelszone *Plan Puebla Panama* ist nicht von der Hand zu weisen.

Luis Leal, Rektor der *Universität San Carlos* (USAC), die den Forstprozess der *Acofop* seit längerem begleitet, schlug derweil eine interdisziplinäre Kommission, bestehend aus Fachleuten der Region, vor, um der Problematik der durch die Regierung immer wieder versuchten Erweiterung des Nationalparks mit einer fundierten Stellungnahme zu begegnen. Die endgültige Entscheidung liegt weiterhin beim Verfassungsgericht.

¡Fijáte!

**Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

UmweltaktivistInnen leben gefährlich

Guatemala, 1. März. Am 22. Februar wurde Jaime Rodríguez, einer der Informanten, die zum Hintergrundartikel im letzten ¡Fijáte! beigetragen haben ("Öl im Dschungel" von Andreas Boueke), gefoltert und ermordet. Seine Leiche fand man wenige Meter entfernt von dem Eingangstor des Wohncamps der Ölfirma PERENCO in Rubelsanto, Alta Verapaz.

Mitarbeiter von PERENCO vermuten, Jaime Rodríguez sei überrascht worden, als er in den Installationen der Firma etwas stehlen wollte. Aber es gibt keine Anzeichen eines gewaltsamen Eindringens. Die Firma bat der mittellosen Mutter des Toten umgehend eine Entschädigung für die Kosten des Begräbnisses an. Den Transport der Leiche in die nächste Stadt aber wollte sie nicht übernehmen. So wurde Jaime Rodríguez beerdigt, ohne dass jemand einen medizinischen Bericht geschrieben hätte. Als die Polizei am Tatort eintraf, wurden die Beamten von den Chefs der Firma in die Büros von PERENCO bestellt. "Wir mussten draussen bleiben", berichtet eine Familienangehörige. "Wahrscheinlich hat die Firma die Polizisten gekauft."

Der Mord geschah wenige Tage nachdem in guatemaltekischen Medien Berichte über die Ölverschmutzung in Rubelsanto erschienen waren. Daraufhin hatte die Firma vor Ort alle Angestellten zu einer Dringlichkeitssitzung beordert. Die Vorgesetzten sprachen von "drastischen" Massnahmen, die sie gegen Personen vornehmen würden, die Informationen über die Verschmutzung weitergeben. Die Bevölkerung von Rubelsanto solle "wieder Respekt vor der Firma bekommen."

In den vergangenen drei Jahren musste PERENCO auf Grund des öffentlichen Drucks aufwendige Säuberungsarbeiten durchführen. Für den Konzern ist der Umweltschutz zu einer teuren Angelegenheit geworden. Der zuständige Direktor im Energieministerium, Mario Pérez, weiss, dass diese Kosten die Profite von PERENCO empfindlich schmälern: "Die Säuberung von alten Bohrlöchern ist teuer. In jedem einzelnen Fall liegen die Kosten bei vierzig bis fünfzigtausend Dollar. Wir wissen von 92 verschmutzten Bohrlöchern, von denen bisher 78 gesäubert und bepflanzt worden sind. Die Gesamtkosten liegen

also bei etwa vier bis fünf Millionen Dollar."

Der Menschenrechtsaktivist Francisco José Pop aus Cobán hält es für wahrscheinlich, dass Jaime Rodríguez ermordet wurde, um die Bevölkerung einzuschüchtern. "Er war ein einfacher Bauer. Solche Fälle werden meist bald archiviert. So erreichen die mächtigen Firmen ihr Ziel, ohne dass sich jemand um die Aufklärung der Morde bemüht. Sie wollen der Bevölkerung die Botschaft vermitteln, dass mit ihnen nicht zu spassen ist."

Seit dem 18. Februar erhielt Eloída Mejía Samayoa, Präsidentin der Vereinigung "FreundInnen des Izabal-Sees" mehrmals Todesdrohungen. Die Umweltorganisation wehrt sich gegen die Minenaktivitäten im Departement Izabal. Am 21. Februar wurde ein Treffen, das die Organisation in Puerto Barrios veranstaltete, um die Bevölkerung über die Auswirkungen der Minenaktivitäten zu informieren, von Unbekannten gestört. Bereits am 10. Februar wurde in Puerto Barrios der Umweltaktivist Enrique Alcántara ermordet. Die jeweiligen Täterschaften sind bisher nicht aufgeklärt.

Der Politkrimi

Guatemala, 4. März. Mangelhafte Amtsführung und Ignoranz gegenüber Bergers Ultimatum von 24 Stunden für eine erklärende Stellungnahme haben Generalstaatsanwalt Carlos David de León Argueta nun endgültig den Job gekostet. Vorgeworfen wird ihm nicht nur die Tatsache, dass von den im Laufe seiner Amtszeit eingereichten 220'000 Anzeigen lediglich 0,8% zu einem Urteil und 5% zu Ersatzmassnahmen geführt haben, wie ein Bericht des *Instituts vergleichender Studien der Politikwissenschaften* belegt. Die Myrna Mack-Stiftung hält de León zudem mangelnde Modernisierungsbestrebungen, die Nicht-Institutionalisierung des Weiterbildungsgesetzes – und somit mangelnde fachliche Qualifikation des Personals – und fehlende Autonomie der Institution vor. Erinnert sei an die Kündigungen, zu denen sich die Sonderstaatsanwältinnen Karen Fischer und Tatiana Morales im Zusammenhang mit der als Geldwäschefall berüchtigten *Conexión Panama* gezwungen sahen.

Nach der Aufsehen erregenden Flucht von Ex-Präsident Alfonso Portillo nach Mexiko (siehe ¡Fijáte! 304) wurde es um die Integrität de Leóns immer düsterer. Als der Stein, der die Diskussion um diesen ins Rollen

brachte, erscheint der noch ungeklärte Vorwurf von Rafael Castillo Gándara, Ex-Ehemann von de Leóns ehemaliger Sprecherin Ana Lucía Alejos, der Generalstaatsanwalt sei samt Alejos an einem Attentat gegen ihn, Castillo, und der Ausser-Landes-Schaffung der gemeinsamen Tochter von Alejos und Castillo beteiligt gewesen.

Schliesslich forderte Präsident Oscar Berger den nun ehemaligen Generalstaatsanwalt auf, innerhalb 24 Stunden sich zu folgendem, regierungsrelevanten Fällen zu äussern: Der Passivität der Staatsanwaltschaft (MP) gegenüber der illegalen Präsidentschaftskandidatur von Efraín Ríos Montt und den von SympathisantInnen der *Republikanischen Partei Guatemalas* (FRG) angeführten Unruhen im Juni 2003 ("Schwarzen Donnerstag"), den schleppenden Ermittlungen des MPs im Fall des Hausüberfalls von Journalist José Rubén Zamora sowie den Inhaftierungsumständen des ehemaligen Geschäftsführers des guatemaltekischen *Sozialversicherungsinstituts* (IGGS), César Augusto Sandoval Morales.

Da de León der Aufforderung zur Stellungnahme nicht nachkam, machte Berger kurzen Prozess und ersetzte den FRG-nahen Generalstaatsanwalt wenige Zeit nach Ablauf des Ultima-

tums durch den Rechtsanwalt und Notar Juan Luis Florido. Von der Zivilgesellschaft brachte Berger die Absetzung de Leóns Lob, die Ernennung Floridos jedoch Tadel ein. Denn dessen Hintergrund liefert ebenfalls ausreichend Grund zur Kritik: Florido ist gewählter Kongressabgeordneter und Genosse des *Movimiento Reformador*, einer der drei Koalitionsparteien der Regierungspartei *Grosse Nationale Allianz* (GAN) gewesen, bevor er kurz vor seiner Ernennung zum Generalstaatsanwalt Kongresssitz und Parteimitgliedschaft aufkündigte. Die Regierungsaffinität und die ihm vorgeworfene mangelnde Erfahrung sind nicht die vertrauenswürdigsten Umstände, mit denen Florido sein neues Amt antritt. Ausserdem ernannte ihn Berger eigenmächtig und nicht, wie es die Verfassung festschreibt, durch ein Auswahlverfahren, in dem auch die Vorschläge der Zivilgesellschaft berücksichtigt würden. Unterdessen wurden denn auch bereits zwei Verfassungsklagen gegen das Ernennungsverfahren eingereicht. „Mit der Ernennung von Florido ist die strafrechtliche Verfolgung von korrupten FRG-Funktionären garantiert, doch auch jegliche Hoffnung darauf begraben, dass die Machenschaften von Gruppen und Personen der GANA-

Regierung kontrolliert und im Zweifelsfall untersucht werden“, schrieb die Kolumnistin Marielos Monzón in der Tageszeitung *Prensa Libre*. Derweil wurde gegen Carlos de León und Ana Lucía Alejos wegen der Anklage auf versuchte aussergerichtliche Hinrichtung Ausreiseverbot verhängt.

Als Nächsten traf es Marco Tulio Abadío Molina, dem obersten Steuerkommissar (SAT). Ihm wurde nachgewiesen, dass er im letzten Jahr mit Hilfe von Familienangehörigen und Bekannten mindestens US-\$ 5 Mio. (zum Teil spricht man von der dreifachen Summe) der Steuergelder auf private Konten schaffte. Doch Abadío Molina war nicht nur sich selber gegenüber grosszügig: Am 23. Februar flog auf, dass er dem ehemaligen UNE-Präsidentenskandidaten Álvaro Colóm rund US-\$ 225'000 "schenkte", um dessen Wahlkampagne zu finanzieren. Colóm stritt dies zuerst ab, verlegte sich zwischendurch auf die Version, Dubón habe sich als erfolgreicher und vertrauensvoller Geschäftsmann präsentiert - wobei dessen öffentliches Amt genuin jegliche anderweitige berufliche Beschäftigung untersagt - unterdessen erklärte er sich aber bereit, die *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE) werde das Geld zurückzahlen, sollte sich herausstellen, dass es aus illegalen Quellen stamme. Allein dies stellt Colóms politische Unbescholtenheit höchst in Frage. Abadío Molina hatte wohl eine Vorahnung, dass seine Geschäfte bald auffliegen würden und verliess das Land bereits am 9. Februar Richtung Miami. Das Gericht stellte einen internationalen Haftbefehl gegen ihn aus und es gelang, seine Bankkonten zu sperren, bevor er die Millionen abheben oder verschieben konnte.

Doch nicht nur von der Steuerbehörde erhielt die UNE Unterstützung, um ihre Wahlpropaganda zu finanzieren. Auch die staatliche Rechnungsprüfungsstelle (CGCN) liess etwas springen. Via einer Nichtregierungsorganisation namens "Freunde in Aktion" überwies der Rechnungsprüfer Oscar Dubón Palma insgesamt US-\$ 600'000, teilte diese jedoch unter der UNE und der PAN auf. Dubón Palma, gegen den aufgrund spontaner Flucht ein internationaler Haftbefehl ausgestellt war, wurde am 3. März an der Grenze zwischen Nicaragua und Costa Rica verhaftet und nach Guatemala überführt. Er wird nicht nur wegen des Wahlgelderskandals vor Gericht gestellt, sondern auch wegen seiner Beteiligung am Millionenbetrug im Sozialversicherungsinstitut IGSS und wegen Hinterziehung von Geldern

der Telefongesellschaft GUATEL. Gegen insgesamt sieben UNE- und PAN-Leute wurden ebenfalls Haftbefehle ausgestellt, gegen Ex-Präsidentenskandidat Colom wurde zumindest ein Ausreiseverbot erlassen.

Einordnungsversuch

Einerseits muss man es Präsident Berger zu Gute halten, dass er der Korruption verdächtige Leute der vergangenen FRG-Regierung zur Rechenschaft zieht. Gleichzeitig muss diese Entwicklung auch skeptisch betrachtet werden, scheint es doch ganz so, dass er die Entlassenen einfach durch ihm nahe stehende und der Partei gegenüber loyale Personen ersetzt. Dazu schreit er mit lauter Stimme "Skandal, Skandal!" und unternimmt derweil nichts, um die sozialen Probleme des Landes anzugehen. Auffallend ist auch die Rolle der Presse in diesem Spiel, veröffentlicht sie doch seit Wochen auf ihren Titelseiten fast täglich Exklusivstories über neue Korruptionsgeschichten, die manchmal die Entscheide des Präsidenten kommentieren, manchmal diese erst erzwingen. Zur Rolle der Presse ein Kommentar von Tania Palencia Prado in *Siglo XXI*: "Herzlichen Glückwunsch an die Presse für ihre Unterstützung beim Aufdecken der FRG-Korruption! Doch es grenzt an Manipulation, wenn nicht gleichzeitig hinterfragt wird, welches Vorgehen Berger seinerseits beim Aussuchen seiner Regierungsleute wählt. Es wird mit sehr geringem medialen Interesse verfolgt, was für eine Wirtschaftspolitik die Regierung betreibt, kein Wort darüber, dass diese in erster Linie einem rein finanziellen Interesse entspricht. Berger verspricht Frieden, doch er weigerte sich, ein Gesetz vor den Kongress zu bringen, das die Friedensabkommen in Staatsabkommen umwandeln würde. Seine neu eingesetzten Kommissare haben selten gekannte Macht für gewöhnliche Staatsangestellte und schaffen neue Hierarchien, die stark genug sind, den Staat und seine soziale Funktion zu schwächen. Derweil werden Bestrebungen unterstützt, den öffentlichen Dienst zu privatisieren: Licht, Telefon und Gesundheit, drei Bereiche in denen "Modernisierung" bedeutet, den Geldbeutel der Bevölkerung zu schröpfen. Berger hat einen philanthropischen Kommissar für den "Kampf gegen den Hunger" ernannt, doch die Kaffeekrise ist offensichtlich nicht Problem genug, um ihn zum Handeln zu bewegen. Dies alles stinkt nach einer illustren Elite, die einen dekadenten demokratischen Diskurs führt. Für wen

regiert Berger eigentlich?"

Für den Analysten Héctor Rosado dagegen ist das, was im Moment stattfindet, nichts anderes als ein legaler und legitimer Machtwechsel, der einfach etwas brüsk vonstatten gehe. "Die FRG muss mit noch Schlimmerem rechnen. Portillo und Co. sind sich nicht sicher, ob sie vor ihrem Weggang aus der Regierung alle Spuren verwischt und alle Zeuginnen zum Schweigen gebracht haben. Was aber passiert, wenn die Wechsel in der Staatsanwaltschaft, in der Steuerbehörde und bei der Rechnungsprüfungsstelle Wirkung zeigen und das ganze Ausmass der Korruption während der FRG-Regierung an den Tag kommt? Die Flucht von Portillo ist nur ein Vorgeschmack auf das, was noch kommt. Das Schlimmste was es gibt, ist eine Mafia die ihre Immunität und die Institutionalität verliert, welche den Verantwortlichen Schutz vor dem Gesetz bietet. (...) Die einen werden jetzt auf "lieb Kind" machen und versuchen, in ein Zeugenschutzprogramm zu kommen. Die anderen werden wie eine verletzte Bestie reagieren. Es erstaunt mich z.B. nicht, dass die Tankwagen, die während des Streiks der LKW-Fahrer letzte Woche die Hauptzufahrtsstrassen der Hauptstadt blockierten, dem ehemaligen Vizepräsidenten gehören. Jetzt wo sie die Sicherheit nicht mehr haben, die ihnen ein Verbleib von Marco Tulio Abadío, Carlos de León und andere boten, bleibt ihnen nur noch, Stunk zu machen. Und wenn es so weitergeht, wird die FRG noch zu ganz anderen Mitteln greifen. Wie gesagt, dies ist erst der Beginn."

In dieses Bild passen auch die jüngsten Gerüchte darüber, dass die Informationen über die Geldverschiebung der Steuerbehörde an die UNE von FRG-Leuten weiter gegeben wurden. Mit dem Skandal um die UNE wird das in letzter Zeit allseits gelobte kooperative Verhalten von Álvaro Colom, wie auch die Partei an sich und deren Position im Kongress geschwächt und die FRG kann sich als DIE oppositionelle Partei in Szene setzen. Wobei hier die Rechnung wohl nicht ganz aufgeht, haben doch am 3. März sieben FRG-Kongressabgeordnete die Partei verlassen und sich unabhängig erklärt, womit es insgesamt seit Januar bereits zehn sind, die der ehemaligen Regierungspartei den Rücken gekehrt haben. Zwar ist sie zahlenmässig immer noch die zweitstärkste Partei im Kongress, hat jedoch mit 33 nur noch fünf Sitze mehr als die UNE, die mittlerweile nur noch 28 von vormals 32 Kongresssitze innehat.

Langsame aber sichere Uni-Privatisierung

Guatemala, 23. Feb. Verschärfte Aufnahmeprüfungen, ein neuer Regulationsplan der Wiederholung von Kursen, die Erhöhung des Studienbeitrags und schliesslich Parkplatzgebühren von 200 Quetzales (ca. US-\$ 25,-) seien deutliche Anzeichen vom fortschreitenden und Form annehmenden Privatisierungsprozess der *Universidad San Carlos* (USAC), einer der grössten und bedeutendsten des Landes, bestätigte Saúl Barrios von der *Universitären Studierendenvereinigung* CEU in einem offenen Brief. Laut diesem hätten die Universitätsverantwortlichen bereits darüber verfügt, die „Sommerschulen“ abzuschaffen, in denen Lehrstoff in intensiver Form nachgeholt werden kann. Weiter würden nur noch zwei Chancen zum Bestehen von Kursen gewährt, ansonsten drohe direkt die Exmatrikulation. Zudem sollen die Studiengebühren von momentan umgerechnet ca. US-\$ 9,- auf US-\$ 107,- jährlich steigen, was viele Studieninteressierte nicht aufbringen

könnten.

Doch, so Barrios, bestünde neben der Absicht der Privatisierung vielmehr der Plan zur Konsolidierung billiger Arbeitskräfte durch die Verhinderung höherer Bildung. Auch Edgar Rodríguez, Student der Politikwissenschaften, ist der Ansicht, dass die so genannten „BildungsrektorInnen“ jegliche List nutzen, um die Bevölkerung in Unwissenheit zu halten. In diesem Jahr wurde erneut einer grossen Zahl von BewerberInnen entgegen des Reglements der Institution mittels der Aufnahmeprüfungen der Zugang zur USAC verwehrt. Dies verstosse nicht nur gegen das Recht auf Bildung, sondern sei insofern zynisch, als dass zum einen von den zukünftigen Studierenden ein Wissensniveau verlangt würde, das sie im nationalen maroden Schulsystem gar nicht erlangen könnten und dass zum anderen die Qualität der Hochschulbildung selbst sehr zu wünschen übrig lasse, daran jedoch nichts verändert würde, so die protestie-

renden StudentInnen.

Raúl Sigüenza, Mitglied der Medizinischen Studierendenvereinigung, hält es für ungerecht, dass die Verantwortlichen der USAC mit Massnahmen gegen die Studierenden versuchten, die akademischen Mängel auszubügeln. Dabei seien vornehmlich strukturelle Probleme wie das Fehlen von spezialisierten DozentInnen oder die Unfähigkeit der Verwaltung die Gründe für die niedrige Leistung der Institution.

Einige Abgewiesene traten derweil in Hungerstreik, andere besetzten das Gebäude der Medizinischen Fakultät. Letzteres hatte den Einsatz der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC), dies wiederum die wiederholte Klage vor und den Aufruf zur Intervention des Menschenrechtsprokurats (PDH) zur Folge.

Offensichtlich zeigten sich die Studierendenvertretenden dennoch zum Dialog mit dem Rektor Luis Leal bereit, im Zweifel wollen sie jedoch ihre Protestmassnahmen aufrechterhalten.

Nur Bares ist Wahres

Guatemala, 03. März. Noch vor dem Regierungswechsel im Januar hatte das Verfassungsgericht provisorisch die Suspendierung der noch ausstehenden Entschädigungszahlungen an die seit Juni 2002 diese massiv einfordern den ehemaligen Zivilpatrouillisten (Ex-PAC) angeordnet. Nichtsdestotrotz lehnte Präsident Berger zwar die Androhung von Gewaltakten seitens der Ex-PAC ab, versicherte jedoch wiederholt, sein Versprechen auf jeden Fall einzuhalten, auf welches er sich erst in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen eingelassen hatte: „Ich bin davon überzeugt, dass Sie in einem schwierigen Moment eine gesellschaftliche Mission erfüllt haben. Und wenn wir den *Parque Central* verkaufen müssen, bezahlen werden wir Sie auf jeden Fall“, so der Mandatsträger vor einer demonstrierenden Ex-PAC-Menge.

Während die Ex-PAC-Gruppen im Departement Petén sich durchaus mit dem Gedanken an die Wiederaufnahme der Strassenblockaden sowie der Besetzung von Erdölraffinerien und öffentlichen Gebäuden anfreunden könnten, mit denen sie zu Beginn der Auseinandersetzung relativ erfolgreich ihre Forderungen durchsetzen konnten, setzen die Gruppen aus dem Hochland dem Präsidenten eine Frist von sechs Monaten, ihnen die zwei fehlenden Raten auszuhandigen, die ihnen zu den noch mit der Regierung Portillo vereinbarten 5'240 Quetzales (ca. US-\$ 655,-) pro Person feh-

len, bevor sie konkrete Massnahmen planen. Fest steht für sie, keine kommunalen Entwicklungsprojekte zu akzeptieren, sondern nur das bare Geld auf der Hand eines jeden.

Doch auch innerhalb der Gruppen brodelt es. So wird Leonel Mejía, einer der Anführenden der Ex-PAC und ehemaliger Abgeordneterkandidat der Partei *Partizipative Soziale Demokratie* von den ehemaligen Kämpfenden beschuldigt, für die zur Auflistung notwendigen Formulare Q 50,- und für die Einschreibung in die Liste der Fordernden zusätzlich Q 20,- einzuziehen. Unterdessen erhöht sich der Druck auf Rosenda Pérez, ehemalige Anführerin der Ex-PAC im Petén und nun gewählte Kongressabgeordnete für die *Republikanische Front Guatemalas* (FRG), die für ihre AnhängerInnen als eine Art GarantIn der Auszahlungen fungiert.

Erster Schritt Bergers zur Tat bestand in der Ernennung von Jorge Gordillo als speziell für die Ex-PAC zuständigen Regierungsvertreter. Nun ist zu überlegen, wie die für die Zahlungen an die rund 800'000 Fordernden von 1,8 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 225 Mio.) zu beschaffen sind.

Neben dem Verkauf von Flughäfen und dem *Nationalen Kulturpalast* löste der Plan der Teilliquidierung und Restprivatisierung der Telefongesellschaft GUATEL in diesem Zusammenhang die Ankündigung einer massiven gewerkschaftlichen Mobilisierung aus.

Trotz der Forderung der Zivilgesellschaft, Berger solle das aktuelle wirtschaftliche Desaster von GUATEL mit einem steigenden Defizit von bereits Q 116 Mio. und die Anzeichen von Korruption in derselben nicht als Verkaufsvorwand nutzen und zu seinem Wahlkampfversprechen stehen, keine staatlichen Einrichtungen zu privatisieren, gab der Präsident bekannt, dass sich bereits 280 der 350 GUATEL-Angestellten zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Unternehmen bereit erklärt hätten. Anstatt eines direkt erhofften Erlöses zum Nutzen für die Ex-PAC-Zahlungen, bedarf es jetzt erst einmal Q 20 Mio. für die Kündigungsentschädigungen.

Die neoliberale Politik von Ex-Präsident Álvaro Arzú, unter dem die Post, die Energieversorgung, Eisenbahn und teilweise schon die Telekommunikation privatisiert wurden, hat somit den ersten Fuss wieder in der Tür. Der Wirtschaftssektor, und wohl nur dieser allein, werden es Berger danken.

In eigener Sache

Falls Sie nach dem vorliegenden keinen ¡Fijáte! mehr bekommen sollten, sitzt der Wurm weder bei der Post noch in Ihrem oder unserem Computer, sondern es hat damit zu tun, dass Sie Ihr Abonnement 2004 noch nicht bezahlt haben! Wir bitten Sie, dies schnell nachzuholen und danken allen, die es bereits gemacht haben.

Die Redaktion und die Buchhaltung